

AKTUELLE CHRONIK

von
Mara Roga

S Ü D A S I E N

BANGLADESCH. Am 30. Mai wurde Präsident Ziaur Rahman in Chittagong von aufständischen Offizieren unter Führung von General Abdul Manzur ermordet. Manzur wurde drei Tage später in einem Feuergefecht mit Sicherheitstruppen getötet, mehrere seiner Gefolgsleute wurden festgenommen und vor ein Kriegsgericht gestellt. Gegen zwölf von ihnen wurde Ende August das Todesurteil ausgesprochen. Vize-Präsident Abdul Sattar übernahm das Amt des Präsidenten und wurde einstimmig zum Kandidaten der regierenden Bangladesh National Party (BNP) für die auf den 21. Sept. festgesetzten, dann auf den 15. Okt. verschobenen Präsidentschaftswahlen nominiert. Allerdings erforderte seine Kandidatur erst eine Verfassungsänderung, die am 8. Juli vom Parlament verabschiedet wurde. - Aufsehen erregte ein am 21. Juni bekanntgewordener Versuch von Angehörigen der sowjetischen Botschaft in Dacca, offenbar zu Spionagezwecken hochmoderne elektronische Geräte ins Land zu schmuggeln; zwei sowjetische Diplomaten wurden daraufhin des Landes verwiesen (13. Aug.).

BHUTAN. Bei einem dreitägigen offiziellen Besuch des indischen Außenministers Narasimha Rao Mitte Juni wurde vereinbart, neue Bereiche der Zusammenarbeit abzustecken; schon in diesem Herbst soll eine Flugverbindung nach Kalkutta eingerichtet werden. Für seinen 5. Fünfjahresplan (1982-87) erhielt Bhutan die Zusage umfangreicher indischer Hilfe.

INDIEN. Zur Verbesserung der oft gespannten Beziehungen zu Pakistan besuchte Außenminister Narasimha Rao am 8. Juni Islamabad. In einem gemeinsamen Kommuniqué nach Abschluß der Gespräche betonten beide Seiten ihren Willen zum Abbau der Spannungen und zum Bemühen um gegenseitiges Verständnis.

Auf seiner Südasiens-Reise traf am 24. Juni der chinesische Außenminister Huang Hua in Delhi ein. Es war der erste offizielle Besuch eines hohen Regierungsvertreters der VR China seit dem Grenzkrieg von 1962. Geplant war der Besuch schon für 1980, wurde aber aus Anlaß der Anerkennung des von Vietnam gestützten Regimes im Kambodscha durch Indien abgesagt. Wichtigster Punkt in den Gesprächen mit Außenminister Rao und Ministerpräsidentin Indira Gandhi war die Grenzfrage. Es wurde vereinbart, Verhandlungen zu ihrer Lösung zu führen und die Beziehungen zwischen beiden Ländern wieder zu normalisieren.

Als erster Vertreter der neugewählten Regierung in Frankreich hielt sich Außenminister Claude Cheysson zu einem zweitägigen Besuch (23./ 24. April) in Delhi auf, wo er sich zu einem Meinungsaustausch über weltpolitische Themen mit Außenminister Rao traf.

In Parlamentsnachwahlen gelang am 15. Juni Rajiv Gandhi, Ministerpräsidentin Indira Gandhis ältestem Sohn, ein überragender Sieg in dem zuvor von seinem Bruder Sanjay gehaltenen Wahlkreis Amerthi. Auch die meisten anderen Parlaments- und Unterhaussitze gingen in diesen ersten größeren

Wahlen seit Indira Gandhis Rückkehr an die Macht im Jan. 1980 an die regierende Kongreß(I)-Partei, mit Ausnahme des kommunistisch regierten West-Bengalen. - In der oppositionellen Kongreß(U)-Partei schloß man Anfang August den ehemaligen Vizepremier Indiens, Jagjivan Ram, wegen angeblicher Deckung einer rebellischen Gruppierung aus der Partei aus; mit ihm verließen auch seine Anhänger die Partei.

Ende Juni trat nach neun Monaten Amtszeit die Minderheitsregierung des nordöstlichen Bundesstaates Assam zurück, nachdem ihr mehrere Linksgruppierungen die Unterstützung entzogen hatten. Der seit Okt. 1979 durch Studentenunruhen, bei denen die Ausweisung aller bengalisprechenden "Fremden" aus Assam gefordert wurde, zerrüttete Bundesstaat wurde der Zentralregierung unterstellt.

Als eine Maßnahme, die sich verschlechternde wirtschaftliche Situation in den Griff zu bekommen (1980 wurden 12,91 Mio. Arbeitstage durch Streiks und Aussperrungen verloren), erließ die Regierung am 27. Juli ein auf sechs Monate befristetes Streikverbot für Arbeitnehmer lebenswichtiger Betriebe. Gewerkschaften veranstalteten daraufhin am 17. August eine Protestdemonstration, an der 10.000 Personen teilnahmen und die vom Oppositionslager unterstützt wurde.

NEPAL. Nach den ersten Parlamentswahlen seit 22 Jahren im Mai, denen im vergangenen Jahr ein Referendum über Beibehaltung des Panchayat- oder Einführung eines Mehrparteien-Systems vorangegangen war, wurde am 15. Juni Surya Bahadur Thapa, der das Amt schon seit 1979 innehatte, vom Rashtriya Panchayat zum Premierminister für eine Amtsperiode von fünf Jahren gewählt.

Anfang Juni hatte Thapa Gespräche mit dem chinesischen Ministerpräsidenten Zhao Ziyang in Kathmandu geführt, die im wesentlichen die bestehenden freundschaftlichen Beziehungen beider Länder zementieren sollten. Es war der erste Besuch eines chinesischen Ministerpräsidenten seit 21 Jahren.

PAKISTAN. Am 1. Juni traf der chinesische Ministerpräsident Zhao Ziyang zu einem offiziellen Besuch in Pakistan ein. Zhao besuchte auch ein afghanisches Flüchtlingslager. US-Unterstaatssekretär James Buckley sagte Pakistan während seines Besuches im Juni amerikanische Wirtschaftshilfe und Rüstungskredite in Höhe von 3 Mrd. US-Dollar zu.

Noral Bhutto, die Witwe des ehemaligen Präsidenten Zulfikar Ali Bhutto, wurde am 22. Juli nach vier Monaten aus der Haft entlassen.

Die Regierung verbot Mitte August gewerkschaftliche Aktivitäten bei Pakistan International Airlines (PIA). 40 Angestellte der Luftlinie wurden festgenommen und die Flughäfen in Islamabad und Karachi von Truppen besetzt. Am 19. Aug. entließ PIA 340 Angestellte wegen Gewerkschaftsaktivitäten.

Der stellv. sowjetische Außenminister Nikolai Firubin traf am 24. Aug. in Islamabad zu Gesprächen mit der pakistanischen Regierung ein.

SRI LANKA. Distriktwahlen führten Anfang Juni zu gewalttätigen Ausschreitungen im tamilischen Norden bei Jaffna. Am 4. Juni wurde der nationale Notstand für das ganze Land ausgerufen, fünf Tage später wieder aufgehoben. Sich ausbreitende Unruhen zwischen der singhalesischen Be-

völkerungsmehrheit und der tamilischen Minderheit veranlaßten die Regierung jedoch, am 17. August erneut den Ausnahmezustand und kurz darauf auch eine Pressezensur zu verhängen. Ein weiterer Schritt war die Einführung eines neuen Sicherheitsrechts, das Todesstrafe oder lebenslängliche Haft für illegalen Waffenbesitz in den nördlichen Distrikten vorsieht.

S Ü D O S T A S I E N

Die jährlich stattfindende Konferenz der Außenminister der ASEAN (Association of Southeast Asian Nations) wurde in diesem Jahr (17./18. Juni) in Manila von der Kambodscha-Problematik beherrscht. Man versuchte, eine versöhnlichere Haltung gegenüber Vietnam einzunehmen, um Hanoi von der Notwendigkeit der Teilnahme an der internationalen Kambodscha-Konferenz im nächsten Monat zu überzeugen. - Die UN-Konferenz vom 13.-18. Juli in New York, an der 93 Staaten teilnahmen, akzeptierte einen Vorschlag der ASEAN, einen Kontaktausschuß zu bilden, durch den Vietnam zur Verhandlungsbereitschaft über ein neutrales Kambodscha bewegt werden soll. - Die ASEAN-Landwirtschaftsminister trafen sich vom 12. bis 14. August in Jakarta zu ihrer 3. Konferenz. Zur Debatte stand u.a. die Formulierung einer gemeinsamen Agrarpolitik.

BIRMA. Präsident Ne Win, seit 1962 an der Macht, erklärte auf dem 4. Kongreß der Burma Socialist Program Party (BSPP), daß er im November 1981 sein Amt niederlegen wolle, jedoch weiterhin als Parteivorsitzender eine beratende Funktion ausüben werde. Parlamentswahlen sind für Oktober anberaumt.

INDONESIEN. Als Auftakt zu seiner zweiwöchigen Staatsreise durch die fünf ASEAN-Länder traf am 25. Juni Südkoreas Präsident Chun Doo-hwan in Jakarta ein. Begleitet wurde er von einer hochrangigen Ministerdelegation, zu der der Außenminister, der Verteidigungsminister, der Wirtschafts- und der Energieminister gehörten, wodurch die breite Palette der Gesprächsthemen aufgezeigt wird. - Am 13. Aug. stattete Malaysias Premierminister Dr. Mahathir Mohamad Präsident Suharto einen Besuch ab und berichtete über die Ergebnisse seiner Gespräche mit dem chinesischen Ministerpräsidenten Zhao Ziyang in Kuala Lumpur. Zur gleichen Zeit hielt sich auch Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff in Jakarta auf. Diskutiert wurden Fragen der bilateralen Zusammenarbeit auf den Gebieten der Industrie, der Nachrichtenübermittlung und der Energiewirtschaft.

KAMBODSCHA. Gegen die von der UNO für den 13. Juli einberufene internationale Konferenz über Kambodscha legten die drei Indochina-Staaten scharfen Protest ein; die Konferenz entbehre jeglicher legalen Grundlage und sei eine grobe Verletzung der Unabhängigkeit und Souveränität der Volksrepublik Kampuchea. Alle drei Staaten sowie die Sowjetunion boykottierten die Versammlung, zu der auch der ehemalige Premierminister Kambodschas, Son Sann, eingeladen worden war. Vor dem Hintergrund der Kritik an der UN-Konferenz führte am 17. Juli der Verteidigungsminister der Heng Samrin-Regierung, Chen Si, Gespräche mit seinem sowjetischen Kollegen in Moskau. - Ende August (26.8.) besuchte Außenminister Hun Sen Indien, das 1980 die Heng Samrin-Regierung anerkannt hatte.

Am 24. Juni trat in Phnom Penh das neugewählte Parlament zu seiner ersten Sitzung zusammen und stellte am 27. Juni die neugebildete Regierung mit veränderter Struktur aufgrund der neuen Verfassung vor. Heng Samrin ist jetzt als Präsident des Staatsrats, der an die Stelle des "Volksrevolutionsrats" (PRC) trat und dem Ministerrat übergeordnet ist, Regierungschef und - im Gegensatz zu vorher - weisungsbefugt gegenüber dem Kabinet. Präsident des Ministerrats bzw. Premierminister wurde Pen Sovann, der einflußreiche Vorsitzende der "Volksrevolutionsspartei Kamboodschas" (PRPK), d.h. der kommunistischen Partei des Landes.

Die Führer der drei Widerstandsgruppierungen gegen die Regierung Heng Samrin, Son Sann, Prinz Norodom Sihanouk und Khieu Samphan, einigten sich auf ein Treffen Ende August in Singapur, um über eine Koalition zu verhandeln.

Die Ernährungslage im Lande blieb weiterhin kritisch, da Dürre und Überschwemmungen eine Mißernte verursachten. Die Zahl der Flüchtlinge im Grenzbereich stieg wieder stark an.

MALAYSIA. Nach Indonesien besuchte Südkoreas Präsident Chun Doo-hwan am 29. Juni als zweiten Staat der ASEAN Malaysia. Mehrere Vereinbarungen über wirtschaftliche Zusammenarbeit wurden getroffen.

Mitte Juli wurde der politische Sekretär des designierten Premierministers Dr. Mahathir Mohammad wegen Spionageverdachts verhaftet und drei sowjetische Diplomaten des Landes verwiesen.

Bei seinem Besuch am 10. Aug. in Kuala Lumpur erklärte der chinesische Ministerpräsident Zhao Ziyang, Beijing hätte eine moralische Verpflichtung, die verbotene Kommunistische Partei Malayas (CPM), deren etwa 3000 Guerilleros in den Dschungelgebieten entlang der thailändischen Grenze aktiv sind, zu unterstützen, aber es befürworte nicht deren subversive Tätigkeiten gegen die Regierung. Zhao versprach, Chinas Unterstützung bei den Aktivitäten der CPM einzuschränken.

Am 21. Aug. wurde der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) voller diplomatischer Status zuerkannt.

Im Mai hatte Hussein Onn aus Gesundheitsgründen seinen Rücktritt als Premier und Vorsitzender der UMNO angekündigt. Am 28. Juni wurde der bisherige Vizepremier Dr. Mahathir Mohamad zum UMNO-Präsidenten gewählt und am 19. Juli als Premierminister vereidigt; sein Stellvertreter in beiden Ämtern wurde Erziehungsminister Musa Hitam. Es fand eine Kabinettsumbildung statt, jedoch keine einzige Entlassung.

Ende Juli entließ die Regierung 22 politische Häftlinge aus dem Gefängnis, darunter den früheren Chefminister von Selangor, Harun Idris, der aufgrund einer Anklage wegen Korruption und Fälschung seit 1978 inhaftiert war.

PHILIPPINEN. Die Beziehungen der USA zu den Philippinen haben seit dem Amtsantritt von US-Präsident Reagan eine grundlegende Wende erfahren. Wegen Menschenrechtsverletzungen erhobene Vorwürfe, die ein wichtiges Anliegen der Carter-Administration bildeten, sollen das Verhältnis nicht mehr stören. Dies erklärte US-Vizepräsident George Bush bei seinem Besuch in Manila am 30. Juni, in dessen Verlauf er der Regierung Marcos volle Unterstützung zusicherte.

Auf der letzten Station seiner ASEAN-Reise besuchte Südkoreas Präsident Chun Doo-hwan am 6. Juli Manila. Es wurden Vereinbarungen getroffen, den bilateralen Handel und die wirtschaftlichen Beziehungen auszubauen und weiter zu diversifizieren.

Am 6. August erfolgte der Besuch des chinesischen Ministerpräsidenten Zhao Ziyang, der damit seine Goodwill-Reise durch vier ASEAN-Staaten (mit Indonesien unterhält China keine diplomatischen Beziehungen) begann.

Granatexplosionen und zahlreiche Verhaftungen muslimischer Guerilleros, die der Verschwörung zur Störung der Wahlen und der Ermordung Präsident Marcos bezichtigt wurden, begleiteten die auf Mitte Juni festgesetzten Präsidentschaftswahlen. Vier Tote gab es am 13. Juni, als die Polizei das Feuer auf eine Wahlboykottdemonstration eröffnete.

Aus den Wahlen (16. Juni) ging Präsident Ferdinand Marcos mit 88% der Stimmen zum dritten Mal als unangefochtener Sieger hervor. Zum Premierminister wurde Finanzminister Cesar Virata nominiert. Am 25. Juli bildete Präsident Marcos das Kabinett um: Wirtschaftsplanungsminister Gerardo Sicat verlor sein Amt, drei Ministerien wurden in andere integriert und fünf zu Behörden herabgemindert. Für ein neugeschaffenes Exekutivkomitee wurden sieben Mitglieder ernannt. Umbesetzungen fanden auch in der militärischen Führungsspitze statt. Generalmajor Fabian Ver wurde zum General und Chef des Generalstabs befördert, sein Stellvertreter wurde Generalmajor Fidel Ramos.

Ein schon am 16. Jan. unterzeichneter Präsidentialerlaß, der erst im Aug. bekannt wurde, sieht die Einführung der Todesstrafe für Attentatsversuche auf höherrangige Regierungsbeamte und deren Familien vor.

SINGAPUR. Ein Staatsbesuch von Südkoreas Präsident Chun Doo-hwan fand vom 1. bis 3. Juli statt. Eine Reihe von Vereinbarungen zur kulturellen, technischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit wurden getroffen.

Zu einem dreitägigen offiziellen Besuch traf am 11. Aug. der chinesische Ministerpräsident Zhao Ziyang in Singapur ein. In Gesprächen mit Premierminister Lee Kuan-yew kam dabei auch die unterschiedliche Auffassung zur Lösung des Kambodscha-Problems zur Sprache. Lee betonte auch, daß die Länder Südasiens den Kommunismus nicht brauchten, um den Menschen zu einem besseren Leben zu verhelfen.

Nach dem Zusammenbruch der Rollei-Werke in Braunschweig mußte auch Rollei Singapore, das größte bundesdeutsche Unternehmen in Singapur, an dem die Development Bank of Singapore mit 25% beteiligt war, trotz weltweiter intensiver Suche nach neuen Partnern Anfang Juli den Betrieb einstellen.

THAILAND. In Rangun trafen sich am 3./4. Juni die stellvertretenden Außenminister von Thailand und Vietnam zu einem Verständigungsgespräch, bei dem es in erster Linie um die Repatriierung kambodschanischer Flüchtlinge aus Thailand ging. Die Verhandlungen verliefen ergebnislos, Vietnam drohte für den Fall einer Repatriierung ohne das Einverständnis der anderen Seite mit Militärationen.

Zur vorletzten Etappe auf seiner ASEAN-Reise traf am 3. Juli der südkoreanische Präsident Chun Doo-hwan in Bangkok ein. Es wurde vereinbart, Verhandlungen über ein Investitionsschutz- und Investitionsförderungsabkommen zu führen und Schritte zur Reduzierung des bisher einseitig zugunsten von Südkorea verlaufenden Handelsaustausches zu unternehmen. - Am 23. Aug. erfolgte ein Besuch von Malaysias Premierminister Dr. Mahathir Mohamad; am 24. Aug. trat der stellvertretende Premierminister Pramarn Adireksarn einen offiziellen Besuch in der Sowjetunion an.

Innenminister Prathuang Kiratibutr reichte am 10. Juni seinen Rücktritt ein. Grund war die zunehmende Kritik an seinen Polizeikräften, die eine Reihe von terroristischen Bombenanschlägen nicht aufgeklärt hatten, sowie an seiner Handhabung eines Drogen-Falles.

Der ehemalige Premierminister General Kriangsak Chomanan gründete am 20. Juni eine neue Partei, die "National Democracy Party", zu deren Mitgliedern nach seinen Angaben bereits 74 Parlamentarier gehören. Er selbst kandidierte bei einer Nachwahl zum Unterhaus, die er am 9. Aug. überlegen gewann.

Premierminister Prem gab - wie schon lange angekündigt - seinen Posten als Oberbefehlshaber der Streitkräfte auf und ernannte General Prayuth Charnmanee zu seinem Nachfolger. Als Premier und Verteidigungsminister behält Prem jedoch weiterhin die höchste militärische Befehlsgewalt.

Ende Juli wurde dem Parlament der Haushaltsvoranschlag für das Finanzjahr 1981/82 (beginnend im Oktober) vorgelegt. Er sieht Ausgaben für Verteidigung und innere Sicherheit in Höhe von fast 25% des Gesamtetats vor.

VIETNAM. Auf der Rückreise von ergebnislosen Verhandlungen mit Thailand über die Indochinaflüchtlingsfrage in Rangun (3./4.6) erklärte der stellvertretende Außenminister Vo Dong Giang auf einer Pressekonferenz in Bangkok, Vietnam erkenne die geplante UN-Konferenz über Kambodscha nicht an, solange die Khmer-Rouge von der UNO als rechtmäßige Regierung Kambodschas anerkannt werde. Das Problem sei auch nur auf regionaler Ebene zu lösen. Der ASEAN-Vorschlag zur Stationierung einer UN-Friedenstruppe in Kambodscha wurde vom vietnamesischen Botschafter in Malaysia abgelehnt.

Die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion wurde weiter verstärkt. Während ein großes sowjetisches elektronisches Abhörzentrum auf dem Stützpunkt Cam Ranh Bay unmittelbar vor der Fertigstellung stand, wurde am 9. Juli ein umfangreiches Wirtschaftsabkommen mit der UdSSR für 1981-85 unterzeichnet. Die Außenverschuldung Vietnams beträgt nach amerikanischen Schätzungen bereits 3 Mrd.\$.

Die im April neugewählte Nationalversammlung trat am 25. Juni zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Zum Präsidenten des Staatsrats wurde der Partei-Ideologe Truong Chinh gewählt; Premierminister Pham Van Dong blieb in seinem Amt als Präsident des Ministerrats bestätigt.

Der Flüchtlingsstrom hielt weiter an. Am 20. Juli nahm ein US-Marineschiff 29 Überlebende aus einem Boot auf, das seit sechs Wochen auf See gewesen war, wobei 57 den Tod gefunden hatten.

O S T A S I E N

VR CHINA. Am 30. Mai begann Ministerpräsident Zhao Ziyang eine zehntägige Südasien-Reise, auf der er Pakistan, Nepal und Bangladesch besuchte (der Besuch in Dacca wurde wegen der Ermordung von Präsident Ziaur Rahman verkürzt). Dies war der Auftakt zu einer Reihe von Staatsvisiten in asiatische Nachbarländer, die in erster Linie der Absicherung gegen eine sowjetische Einflußnahme in der Region dienen: Vom 25. Juni bis 5. Juli weilte Außenminister Huang Hua in Indien, Sri Lanka und auf den Malediven, vom 6. bis 13. August besuchte Ministerpräsident Zhao vier der fünf ASEAN-Länder. Hervorzuheben ist der Indien-Besuch Huangs Ende Juni, bei dem nach 20 Jahren der Versuch begonnen wurde, die strittigen Fragen, die zu Spannungen zwischen beiden Ländern geführt hatten, zu lösen.

Mitte Juni hielt sich der amerikanische Außenminister Alexander Haig zu Gesprächen mit Huang Hua und anderen hohen Funktionären in Beijing auf. Die Beziehungen zwischen Washington und Beijing, die durch die Taiwan-Politik der USA besonders seit dem Amtsantritt Ronald Reagans belastet sind, sollten verbessert werden. Obwohl die Regierung Reagan sich bereit erklärte, die bislang bestehenden Restriktionen in bezug auf Waffenlieferungen an die VR China aufzuheben und Haigs Mission allgemein als erfolgreich angesehen wurde, schickte Beijing schon kurz nach dessen Abreise erneut eine Warnung an die Adresse Washingtons, daß im Falle von fortgesetzten Waffenlieferungen an Taiwan die chinesisch-amerikanischen Beziehungen "herabgestuft werden müßten".

Über die Lieferung von Defensivwaffen wurde auch mit dem kanadischen Außenminister Mark MacGuigan verhandelt, der sich am 18./19. Aug. mit Huang Hua in Beijing traf.

Mitte Juni begann die ursprünglich für Ende 1980 geplante Sitzung des Zentralkomitees der KP Chinas. Hua Guofeng, der als von Mao Zedong bestimmter Nachfolger die Partei seit 1976 führte, mußte den Vorsitz an den bisherigen Partei-Generalsekretär Hu Yaobang abtreten. Zugleich wurde in einem zum 60. Jahrestag der KP veröffentlichten Kommuniqué begrenzte Kritik an Mao und Hua geübt.

Ein vom Papst Johannes Paul II. Anfang Juni ernannter Erzbischof für die Provinz Guangzhou, Dominic Yiming Tang, wurde von der Katholischen Kirche Chinas (Chinese patriotic Catholic Association), die sich als unabhängig vom Vatikan begreift, nicht anerkannt; Ende Juli weihte sie selbst fünf katholische Geistliche ohne Einschaltung des Papstes zu Bischöfen.

Ein Filmdrehbuch über einen während der Kulturrevolution verfolgten Dichter löste Kontroversen über das Ausmaß künstlerischer Freiheiten aus. Nach einem am 27. Aug. erfolgten Aufruf vom Partei-Propagandachef Wang Renzhong, man solle öffentliche Kritik an Schriftstellern und Verlegern üben, die mehr freie Meinungsäußerung fordern, warnte auch Vizepartei-Propagandachef Deng Xiaoping Künstler vor einem "bürgerlichen Liberalismus".

Schwere Regenfälle im Juli in der Provinz Sichuan und im August in Shanxi führten zur größten Überschwemmungskatastrophe Chinas in diesem Jahrhundert. Es gab Tausende von Toten und Verletzten, Millionen wurden obdachlos, riesige Agrarflächen verwüstet; allein für Sichuan werden die direkten wirtschaftlichen Verluste auf über 1 Mrd. \$ geschätzt.

HONGKONG. Die Zahl der Vietnam-Flüchtlinge, die in Hongkong Asyl suchten, erreichte nach UN-Angaben im Juni die Rekordhöhe von 2.077. - Im Juli fiel der HK-Dollar gegenüber dem US-Dollar auf den tiefsten Stand seit zehn Jahren. - Am 1. Aug. wurde das Erscheinen der chinesischsprachigen Tageszeitung "Zheng Ming" nach eigenen Angaben auf Druck Beijings eingestellt. - Großbritannien und die VR China verhandelten am 5. Aug. über Einzelheiten eines Luftverkehrsabkommens, das mehrere Städte in China mit Hongkong verbinden soll.

JAPAN. Premierminister Zenko Suzuki unternahm im Juni einen offiziellen Besuch in sechs EG-Staaten (Bundesrepublik Deutschland, Italien, Belgien, Großbritannien, Niederlande, Frankreich) und im EG-Hauptquartier in Brüssel. Wichtigstes Thema bei den Gesprächen mit den jeweiligen Regierungschefs als auch dem EG-Ministerrat war neben weltpolitischen Sicherheitsfragen die ungleiche Handelsbilanz zwischen Japan und den EG-Ländern. Man einigte sich auf eine Reihe konkreter Schritte zur Verbesserung der Lage, wie z.B. Senkung der japanischen Kfz-Exporte und Steigerung der Einfuhr von Verarbeitungsprodukten aus der EG in Japan.

Wirtschaftliche Themen (Hochzinspolitik, Ölpreise) standen auch im Juli bei dem multilateralen Gipfeltreffen in Ottawa, an dem Ministerpräsident Suzuki teilnahm, auf der Tagesordnung. Man kam überein, Verhandlungsgespräche über Handelsbarrieren in Kürze aufzunehmen.

Am 20./21. Aug. fand in Tokyo ein Treffen der Außenminister von Japan und Südkorea statt, das im Ergebnis nur die grundlegend verschiedenen Auffassungen beider Seiten in Sachen Verteidigung und wirtschaftliche Zusammenarbeit bestätigte. Anlaß war Japans Verweigerung einer gewünschten Entwicklungshilfe in Höhe von 6 Mrd. \$.

Ende Juni wurden Verteidigungsgespräche mit den USA in Washington geführt. Amerikas Forderung nach beschleunigtem Ausbau der militärischen Kapazität Japans angesichts der sowjetischen Bedrohung im Fernen Osten wurde teilweise zurückgewiesen: Japans Verteidigungspolitik sei verfassungsmäßig rein defensiv angelegt und die finanziellen Möglichkeiten seien überdies mit der 7,5%igen Anhebung des Militärhaushaltes für das Fiskaljahr 1982 vollkommen ausgeschöpft. Ende August gab die Regierung den Plan bekannt, den Bereich der militärischen Überwachung in den Gewässern um Japan bis auf 1200 Meilen auszudehnen.

MACAO. Der neue Gouverneur, Hauptmann Vasco Almeida e Costa, wurde am 16. Juni in Lissabon vereidigt. - Anfang August wurde ein Stromlieferungsabkommen mit der VR China unterzeichnet; die Laufzeit beträgt 22 Jahre. Es soll im Juli 1982 in Kraft treten. - 3700 Vietnam-Flüchtlinge, die illegal aus der VR China eingewandert waren, wurden Mitte August nach China zurückgeschickt. Bereits Mitte Mai befanden sich in der kleinen portugiesischen Kolonie 1500 Flüchtlinge in Durchgangslagern.

NORDKOREA. Regierungschef Li Jong-ok besuchte Mitte Juni Zimbabwe. Zwei Monate später wurden über 100 Militärberater nach Salisbury entsandt und die Lieferung von Panzern und anderen schweren Waffen zugesagt. - Präsident Kim Il-sung wies Anfang Juli das Verhandlungsangebot über eine Wiedervereinigung des südkoreanischen Präsidenten Chun Doo-hwan zurück. - Nach schon Anfang August erfolgten Vorwürfen gegenüber den USA, Aufklärungsflugzeuge vom Typ SR-71 verletzten häufig den nordkoreanischen Luftraum, wurde am 26. Aug. offenbar eine Rakete

auf ein amerikanisches Flugzeug abgefeuert, ohne jedoch zu treffen. - Ende August zeigte sich zum erstenmal nach fast einem Jahr Kim Jong-il, der Sohn Präsident Kim Il-sungs, wieder in der Öffentlichkeit.

SÜDKOREA. Präsident Chun Doo-hwan trat am 25. Juni eine 15tägige Reise durch die fünf ASEAN-Länder Indonesien, Malaysia, Singapur, Thailand und die Philippinen - in dieser Reihenfolge - an. Dies war seit seinem Amtsantritt sein zweiter Überseebesuch. Er verdeutlicht die Wichtigkeit, die man auf politischem und wirtschaftlichen Gebiet dem südost-asiatischen Staatenbund in der Region beimißt.

Die Beziehungen zu seinen unmittelbaren Nachbarn Nordkorea und Japan blieben weiterhin unfreundlich. Ein Verhandlungsangebot Südkoreas zur Wiedervereinigung beider Teile Koreas wurde erneut zurückgewiesen. Bei einem Treffen der beiden Außenminister Japans und Südkoreas in Tokyo am 20./21. Aug. kam Verstimung auf, als Japan den Wunsch Südkoreas nach einer öffentlichen Entwicklungshilfe in Höhe von 6 Mrd. \$ für seinen 5. Fünfjahresplan ablehnte, da der Betrag die dafür angesetzten Mittel überstiege. Außenminister Lho hielt dem entgegen, daß es Japans Aufgabe sei, Südkoreas Stellung als Bollwerk gegen den Kommunismus in Nordost-asien mitzufinanzieren. Neue Spannungen tauchten schon eine Woche später auf, als die Regierung in Seoul gegen das Vordringen eines japanischen Patrouillenbootes in die Hoheitsgewässer um die kleine Insel Tok-to (Takeshima), die beide Staaten für sich beanspruchen, protestierte.

TAIWAN. Am 8. Aug. desertierte Major Peter Huang Zhicheng, Fluglehrer bei der nationalchinesischen Luftwaffe, mit einem Kampfflugzeug vom Typ F-5 in die VR China. Beide chinesische Regierungen bieten Luftwaffenpiloten der Gegenseite bei einer Desertation hohe Belohnungen. Dies war offenbar der erste Fall seit Jahren, wo ein taiwanesischer Luftwaffenpilot vom Angebot der Gegenseite Gebrauch machte.

S Ü D P A Z I F I K

Anfang August trat in Port Vila, Vanuatu, die 12. Konferenz des Südpazifik-Forum zusammen. Themen der Konferenz waren neben der Struktur des Forums die Atomwaffenfreiheit des Südpazifik und die Unabhängigkeit Neukaledoniens. Aus diesem Anlaß soll eine Südpazifik-Delegation nach Frankreich reisen; der französische Staatssekretär für die Überseegebiete, Henri Emmanuelli, erklärte jedoch Ende August auf einer Pressekonferenz in Paris, daß ein Volksbegehren der melanesischen Bevölkerung Neukaledoniens nicht zugelassen werden würde.

AUSTRALIEN. Ende Juni traf Premierminister Malcolm Fraser mit US-Präsident Ronald Reagan in Washington zusammen. Frasers völlige Zustimmung zur Außen- und Sicherheitspolitik Reagans stieß im eigenen Lande auf harte Kritik. Besonders verurteilt wurde seine Unterstützung der amerikanischen Forderung an Japan, seine Verteidigungskapazität drastisch auszubauen; dies würde das gesamte Kräfteverhältnis im West-Pazifik empfindlich verändern.

Bei einem Meinungsaustausch mit Papua-Neuguineas Premier Sir Julius Chan in Port Moresby Anfang August betonte Außenminister Anthony Street Australiens Interesse an seinen Nachbarn im südpazifischen Raum

und diskutierte einen Vorschlag zum Aufbau einer Friedens-Streitmacht im Südpazifik.

In einem am 10. Aug. veröffentlichten Bericht des Weltkirchenrates wurde die Situation der Ureinwohner Australiens als menschenunwürdig dargestellt und die australische Regierung der Nichtvollziehung ihrer Pflichten und der rassischen Diskriminierung angeklagt.

NEUSEELAND. Der Besuch der südafrikanischen Rugby-Nationalmannschaft "Springboks", der am 18. Juli begann, löste eine Welle von Protesten und gewalttätigen Ausschreitungen im ganzen Land aus. Bis Ende August waren fast 1000 Verhaftungen von Anti-Apartheid-Demonstranten zu verzeichnen. Eine vom Commonwealth geplante Finanzminister-Konferenz in Neuseeland wurde wegen der Springboks-Tour auf die Bahamas verlegt.

PAPUA-NEUGUINEA. Premierminister Sir Julius Chan regte die Schaffung einer regionalen Friedenstruppe im Südpazifik an, die eine ähnliche Rolle übernehmen könnte, wie sie PNG 1980 bei den Unabhängigkeitsrevolten in Vanuatu gespielt hatte. In drei Hochlandprovinzen wurde Anfang August infolge von Stammeskämpfen der Notstand ausgerufen und das Kriegsrecht verhängt.

SÜDPAZIFISCHE INSELN. Auf den Salomon-Inseln trat am 21. Aug. Regierungschef Kenilorea nach einer Regierungskrise zurück, Oppositionsführer Mamaloni wurde zum Nachfolger gewählt. Vanuatu: Am 9. Juli trat der UNO-Sicherheitsrat in New York zusammen, um über die beantragte Aufnahme Vanuatus in die Organisation zu beraten. Auf Fidschi wurde Mitte Juli eine neue politische Partei, die "Western United Front" (WUF) gegründet, die jetzt mit zwei Mitgliedern im Parlament vertreten ist. 500 Soldaten sollen zu den multinationalen UNO-Friedenstruppen auf der Sinai-Halbinsel entsandt werden. Ein seit Monaten andauernder Streik im öffentlichen Dienst in West-Samoa, in dem es um Lohnforderungen ging, wurde im Juli beendet. In Französisch-Polynesien wurden unter Frankreichs neuem Präsidenten Mitterrand die Kernwaffenversuche im Mururoa-Atoll fortgesetzt.